

# Mechernicher Anzeiger

Tageblatt und Volkszeitung für die Eifel

Donnerstag, 24. Juli 1930



Nr. 158 :-: 8. Jahrgang

10  
Planig

Ersteinst wöchentlich 6 mal außer feiertags. Bezugspreis 1.50 Mk. für den Monat, o. m. s. ch. Bei Störungen infolge höherer Gewalt keine Ersatzansprüche. Bestellungen jederzeit durch die Post oder unsern Boten.  
Druck und Verlag Karp Nachf. Inh. Johann Eichen. Mechernich.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Johann Ignaz Schmitz, Mechernich.

Anzeigenkosten: 1 spaltige mm-Zelle 10 Pfg. Schluß der Aufnahme 9,30 Uhr. Für Erschließung und Platz keine Gewähr. Bellen: Der Sport vom Sonntag, Wirtschaft Kultur - Leben. Die Frau und ihre Welt. Unsere täglichen Fragen. Der Sonntag Schriftleitung und Geschäftsstelle Mechernich Bahnstraße 46b  
Farnsprecher Mechernich 63 Bankverbindung Kreisbank Mechernich.

## Die Koblenzer Katastrophe.

Ein unglücklicher Zufall. — Abbruch der Feiern im Rheinland. — Der Reichspräsident bei der Trauerfeier.

### Was Zeugen berichten.

Einer der Verunglückten, der im letzten Augenblick von einem Schiffer vom Tode des Ertrinkens gerettet wurde, machte noch etwa acht Stunden nach dem Unglück einen vollständig verklärten Eindruck und vermochte nur ganz unzulänglich über die Vorgänge der Nacht zu berichten. In Schiffkleidung, die ihm von mittelbigen Schiffsleuten zur Verfügung gestellt wurde, steht der Unglückliche am Schaulplatz der Katastrophe, da er nicht weiß, ob seine Angehörigen unter den Todesopfern oder den Verletzten im Krankenhaus zu finden sind. Ueber den Hergang des entsetzlichen Unglücks erzählt er:

Als die letzte Rakete noch einmal die Nacht erhellt hatte und wir über das bedeutungsvolle Ereignis des Hindenburgbesuches redend und in dichter Masse vorwärts strebend, gelangten wir auf die Unglücksbrücke. Dabei zeigte der Mann mit einem wehmütigen Blick auf die Trümmer, in denen Feuerwehrende und Fischer mit Schleppehen und Staken nach weiteren Opfern suchten. „Die Brücke“, sagte er, „da schoben wir uns vorwärts, es war mir, als ob ich daran denken mußte, wenn hier etwas passiert. Da krochte schon die Brücke in allen Fugen, fürzte zusammen und wir rutschten über Holzsplitter und Eisenteile ins Wasser. Ich werde nie vergessen, wie in meinem Leben, wie die Menschen, die Frauen und Kinder alle zusammen schrien. Furchtbare Schreie, rufe hallten schaurig durch die Dunkelheit. In der großen Finsternis waren mehr als 100 Menschen ins Wasser gefallen und ragen mit dem Tode. Ich konnte an der steil ins Wasser fallenden Ufermauer eine Fuge fassen und mich über Wasser halten, während um mich herum arme Menschen gurgelnd in der Tiefe versanken. Fast drohten mich die Kräfte zu verlassen. Ich hatte mich damit abgefunden, daß ich in der nächsten Minute versinken würde. Als meine Arme schon erlahmten, ergriß mich ein Schiffer und zog mich zu sich in seinen Kahn, in dem sich schon mehrere Gerettete befanden.“

Ein anderer Augenzeuge berichtet, daß beim Einsturz der Brücke ein furchtbarer Schrei die Nacht durchdrang. Alles, was zur Brücke hindrängte, stob darauf nach rückwärts auseinander, so daß zum Glück die Nachdrängenden nicht mehr Menschen in das Wasser hinabstießen. An der Rettung beteiligte man sich allgemein. U. r. rollen lagen am Ufer Frauen und Kinder, an denen Wiederbelebungsversuche angestellt wurden, die auch wiederholt zu einem Erfolge führten. Im Dunkel der Nacht war das Rettungsnetz außerordentlich schwierig. Mehrere Koblenzer Bürger haben sich an den Rettungsarbeiten sehr eifrig beteiligt.

### An der Totenhalle.

Am Mittwochnachmittag pilgerten viele Koblenzer über die alte Moselbrücke hinüber zum Vorort Kästel, um zu der Unglücksstelle am Sicherheitshafen zu kommen. In der Totenhalle der Telegraphen-Kaserne liegen die Opfer alle in langer Reihe, Männer, Frauen, Mädchen, Mütter, und in der Mitte sechs Kinder. Draußen werden die Särge angefaßt, und der brünnelnde Wein und steht eine junge Frau, die ihren kleinen sechsjährigen Jungen zum Vater mitnehmen will. Sie ist in Amerika verheiratet und wollte den Jungen, der in Koblenz bei den Großeltern gewesen war, wieder zu sich nehmen. Er war mit seinem Großvater zum Feuerwerk gegangen, und beide fanden den Tod. Mit leeren Händen kehrt nun die Mutter zum Gatten zurück. Ein großer, kräftiger Mann liegt in der Reihe. Er hat sich selbst am Festungswert beteiligt. Eine junge Diakonissin liegt neben einer ihrer Schwestern und weiter unten in der Reihe eine Darmberzige Schwester. Nacheinander kommen die Angehörigen und Verwandten der Koblenzer Toten in die Halle, um ihre Lieben zum letzten Male zu sehen.

Der Bischof von Trier, Dr. Bornwasser, hat mitgeteilt, daß er voraussichtlich selbst die Einsegnung vornehmen werde.

### Trauerkundgebung.

Am Stadtverordnetenversammlung fand eine Trauerkundgebung statt. Der Saal war schwarz verhängt, die Fenster Vorhänge zugezogen, und nur die umflorten Leuchter verstrahlten ein schwaches, gedämpftes Licht. Schwarz umflort par ein großes Kreuz, das auf beiden Seiten von Kranbälben umgeben war, im Saal aufgehängt. Als der Reichspräsident am Stadthaus vorfuhr, verbarste die Menge in reinem Schweigen. An der Trauerkundgebung nahmen auch die in Koblenz anwesenden Minister des Reiches und von Preußen und die übrigen Herren der Begleitung des Reichspräsidenten teil. Zu Beginn der Trauerfeier berichtete Oberbürgermeister Aufferl über das entsetzliche Unglück, das etwa 10 Menschenleben gefordert hat.

Mit tiefster Miene nahm Reichspräsident von Hindenburg als Ehrenbürger der Stadt Koblenz dann selbst das Wort. Er führte aus:

Tiefbewegt stehe ich als ehemaliger Bürger von Koblenz und Ehrenbürger in Ihrer Mitte, um Ihnen mein innigstes Mitgefühl auszudrücken über das große Unglück, das in so fäher Weise die gefrige Festesfreude abgeschlossen hat. Ich gedenke mit Wehmut der Verstorbenen und warmer Teilnahme ihrer Hinterbliebenen. Wo es möglich ist, werde ich in der Not helfen. Ich habe gestern Freude mit Ihnen geteilt, heute empfinde ich mit Ihnen den tiefen Schmerz, der Sie und das Land betroffen hat. Gott segne die armen trauernden Hinterbliebenen in ihrem Leid und segne die teuren Entschlafenen.

Der Oberbürgermeister dankte dem Reichspräsidenten für diese aus ganzem Herzen kommenden Worte. Sie sollen uns, fügte er hinzu, Trost sein. Diesen Trost werde ich den Hinterbliebenen übermitteln.

Auf die Bitte des Oberbürgermeisters erhob sich die Trauerverammlung zum Anbeken der Verstorbenen und weihte ihnen ein stilles Gebeten.

In seiner Rede beschäftigte sich Oberbürgermeister Dr. Aufferl mit den Fragen der Ursache des Brückeneinsturzes und der Verantwortlichkeit für ihn, indem er ausführte:

Nach allem, was wir festgestellt haben, handelt es sich bei der Katastrophe um einen unglücklichen Zufall. Der Weg, der über die Brücke führt, ist kaum begangen und weist zu normalen Zeiten keinerlei Verkehr auf. Er ist diesmal begangen worden, weil die übrigen Wege durch Bagen zu sehr beansprucht waren. Die Brücke ist Eigentum der preussischen Wasserbauverwaltung, die stets mit aller bei der Unterhaltung derartiger Bauten gebotenen Vorsicht verfahren hat. Selbstverständlich ist, daß die Verantwortlichkeitsfrage aufgeworfen wird und mit allem Nachdruck zu verfolgen ist.

Der Redner fuhr dann fort, alles, was zur Hilfeleistung erreicht werden konnte, ist unternommen worden. Die Feuerwehr, die Sanitäter, Ärzte und vor allem auch die Mannschaften der Rheinstrombauverwaltung bemühten sich in rührender Weise um die Unglücklichen, um sie noch dem Leben zu erhalten. Heute ist die Hoffnung hoffnunglos. Außer den Toten sind noch 23 Leicht- und nur wenige Schwerverletzte zu beklagen. Die Leichtverletzten haben durchweg die Krankenhäuser wieder verlassen können. Es ist von mir sofort angeordnet, daß alle Kopien, die mit der Auffindung der Leichen und Bestattung zusammenhängen, von der Stadt übernommen werden sollen. Es ist Sorge getragen für eine weitgehende Unterstüzung der Hinterbliebenen, soweit sich dies für notwendig erweist, und für eine würdige Aufbahrung.

### Die Totenliste.

Nach der amtlichen Totenliste sind der Katastrophe 35 Menschenleben zum Opfer gefallen. Das ist wenigstens die Zahl der bisher Geborgenen. Sämtliche Tote sind inzwischen einwandfrei identifiziert. Die amtliche Liste enthält u. a. (in der Hauptsache Bewohner von Koblenz-Stadt und Koblenz-Land) eine Anny Ent aus Wesel und Otto Alberts aus Varmen-Wichlinghausen. Der sechsjährige Reginald Pawler aus Altron (Ohio), der bei seinem Großvater zu Besuch weilte und ertrunken sein soll, ist in der letzten amtlichen Liste nicht mehr aufgeführt. Die Bezeugungsarbeiten dauern noch immer an. Man glaubt, daß die Zahl der Toten sich nicht weiter erhöhen werde, doch besteht die Möglichkeit, daß noch einige im Schlaum unter der eingestürzten Ponton-Brücke liegen.

Die Rheinstraßenverwaltung in Koblenz hat einen Leuchterstand an der Unfallstelle beordert, um nach weiteren Vermissten suchen zu lassen. Wie wir erfahren, ist die Brücke nicht durchgebrochen, sondern seitlich abgerutscht und liegt etwa 6 Meter unter Wasser.

Es sieht fest, daß von den Angehörigen eines Penionsats aus Rheinwalheim, die sich im Augenblick des Einsturzes auf der Brücke befanden, sechs junge Mädchen umgekommen sind.

Bei den Rettungsarbeiten haben sich zwei Leute ganz besonders ausgezeichnet, nämlich der Schuppenwachmeister Klein aus Metternich, der in voller Uniform ins Wasser sprang und zehn Personen rettete und der Oberpostkass-

Der neue Leiter der russischen Außenpolitik.



Witwinn, der neue Außenminister der Sowjetrepublik.

Nachdem Lichtshtern, der langjährige Leiter der russischen Außenpolitik, aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niederlegen mußte, ist der bisherige Stellvertreter Witwinn zum Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden.

Der Besuch nach Koblenz, der ebenfalls sein Leben immer wieder aufs Spiel setzte.

### Der Besuch nach Koblenz und Trier verhöben.

Als der Reichspräsident nach der Trauerfeier seiner Wagen bestieg, verbarste die Menge wieder in ehrsüchtigen Schreien. Der Reichspräsident fuhr zum Bahnhof und verließ Koblenz mit seiner Begleitung mit dem fahrplanmäßigen Zug 12,24 Uhr, um nach Berlin zurückzufahren.

Der Reichspräsident, dem am Mittwochmorgen von dem Unglück Mitteilung gemacht worden war, hat daraufhin seine Reise nach Trier und Koblenz abgesetzt. Er erklärte, daß er den Besuch in diesen beiden rheinischen Städten zu gegebener Zeit nachholen werde.

### G Spenden.

Nach einer Conto-Meldung hat der Reichspräsident für die Hinterbliebenen zunächst eine Summe von 10 000 RM. zur Verfügung gestellt.

Als Spende für die unglücklichen Opfer ist beim Koblenzer Oberbürgermeister der Betrag von 10 000 RM. von dem Industriellen Peter Aldner eingegangen, der geborener Koblenzer ist.

### Halbmaist!

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mittelt, hat das preussische Staatsministerium angeordnet, daß die sämtlichen staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, die Gebäude der Körperschaften des öffentlichen Rechts, sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen, die bereits am 23. Juli in Berlin halbmaist flaggen, am Tage der Beisetzung der Opfer des Brückeneinsturzes in Koblenz in ganz Preußen nach den Bestimmungen der Verordnung vom 19. Juni 1929 halbmaist zu beflaggen sind.

### Das Reichswirtschaftsministerium.

Eine Berliner Korrespondenz meldet: Die Meldung eines Berliner Blattes, daß die Absicht bestehe, das Reichswirtschaftsministerium schon in nächster Zeit mit einem Volksparteiler zu besetzen, bestätigt sich. Wenn eingewandt wird, daß die Regierung jetzt keine Auffüllung vornehmen könne, da keine Möglichkeit bestehe, den Reichstag zu beschließen, ob er mit dem neuen Minister einverstanden sei, so muß darauf hingewiesen werden, daß der Ministerkandidat allein in der Laifade rechnen muß, daß seine Ministerfähigkeit nicht von langer Dauer sein könnte. Denn der neue Reichstag wird ja die Regierung fordern, die seiner Zusammenfassung entspricht. Der Reichskanzler aber hat zunächst das Recht, den Minister in Vorschlag zu bringen und ihn vom Reichspräsidenten bestätigen zu lassen. Der nur ein Volksparteiler in Frage kommen kann, unterliegt keinem Zweifel.



# Der unbestreitbare Notstand.

Aus Berlin, 28. Juli, wird uns geschrieben: Augenblicklich geht das Mädelkalen am meisten um die Frage, wie die unausbleiblichen und erforderlichen Notverordnungen der Regierung aussehen werden. Es laufen alle möglichen Gerüchte um, die sich aber so auffällig widersprechen, daß man schon daraus den Beweis erhält, wie wenig die Regierung selbst sich über die zulässigen Notverordnungen schlüssig ist. Tatsächlich hat die Regierung bis zur Stunde sich zwar mit Vorarbeiten beschäftigt, aber noch keinerlei Beschluß gefaßt. Brüning und Dietrich haben sich am Donnerstag dürfte die Gesamtregierung nach Anhörung der Juristen sich über die ersten Verordnungen schlüssig werden. Die Juristen müssen hinzugezogen werden, weil die Regierung sich dessen muß. Für jede Notverordnung muß eine Grundlage vorhanden sein. Und wenn behauptet wird, die Regierung wolle rundweg alles, was sie im Reichstage nicht erreicht, einfach durch die Notverordnung bestimmen, so ist das eine Annahme, die jeder Berechnung entbehrt. Im Gegenteil sollen, wie wir hören, die einzelnen Gesetze nach langer Prüfung und nach und nach, eben nach der Wichtigkeit und Dringlichkeit, erlassen werden.

Am 31. Juli läuft z. B. das Notgesetz ab, das den nicht oberabschiedenen Haushalt sicherstellt. Folglich muß dafür gesorgt werden, daß am 1. August die gesetzlichen Unterlagen für die Fortsetzung der Reichsgeschäfte gegeben sind. Demnach wird die Regierung zu allererst das Notgesetz im Rahmen der Staatsberatungen, wahrscheinlich auch nur auf eine bestimmte Frist, wohl bis zum 1. Oktober verlängern. Ob sie hierbei in Kauf und Bogen vorgeht, wie der Reichstag mit seinem Notgesetz, das bekanntlich den alten Etat unter Berücksichtigung wichtiger Veränderungen weiter in Kraft hielt, bleibt abzuwarten. Es ist leicht möglich, sogar wahrscheinlich, daß die Regierung sich auch bei dieser aus einer tatsächlich und unbestreitbaren Notlage notwendigen Verordnung bereits einen ungeschriebenen, indessen sicherlich angelegentlichem Programm anpaßt und bereits Sparmaßnahmen erkennen läßt.

Amritzen ist es, ob die vom Reichstag abgelehnten, dann durch Artikel 48 bestimmten, schließlich wieder aufgehobenen Steuer- und Deckungsvorlagen unter die Notverordnung fallen. Die Ansichten darüber, ob die Regierung das Recht hat, durch Notverordnung Steuern zu bestimmen, die keine Mehrheit des Reichstages erzielten, sind verschieden. Man wird aber zu der Ansicht neigen, daß selbst, wenn bis zum 1. Oktober mit dem alten Etat gearbeitet wird, ein völliger Bruchfall der Reichsfinanzen auskommen kann, wenn nicht rechtzeitig für genügend Einnahmen gesorgt wird, und daraus wäre das juristische Recht gegeben, auch in dem Fehlen der Deckungsvorlagen eine Gefahr zu sehen. Jedenfalls ist es unbestreitbar notwendig, daß die Regierung die Reform der Arbeitslosenversicherung in Kraft setzt, da sonst die größten Schädigungen nicht nur des Reiches, sondern auch der Arbeitslosen zu erwarten ständen. Ueberhaupt ist die Lage heute anders als zur Zeit, als der Reichstag die Verantwortung trug. Heute gilt der Artikel 48 mit weißerer Auslegung. Denn jede dringende Angelegenheit kann die Sicherheit und Ordnung beeinflussen, und Maßnahmen sind erforderlich, um rechtzeitig die Gefahr zu beschneiden.

Der Uebermachungsanspruch des Reichstages über den andere Gerichte umliehen, weil er einerseits abgelehnt wird, andererseits der Appell hört, der Regierung ein Uebermaß von Notverordnungen zu unterbinden, ist tatsächlich vorhanden. Aber er wird die Regierung in ihren Entschlüssen wenig hemmen können, sondern wahrscheinlich einsehen müssen, daß der augenblickliche Zustand gebietet schnelle Entschlüsse verlangt. Aber selbst, wenn er sich den Wünschen der Regierung entgegenstellen wollte, könnte er nichts erreichen, da seine Machtposition doch von untergeordneter Bedeutung ist. Eine kluge Regierung wird jedoch mit ihm zusammenarbeiten. Und das beabsichtigt auch die Regierung. Brüning. Eigentlich könnte kein Streit darüber entstehen, denn sie einen Statet in Kraft setzt und sämtliche Deckungsvorlagen zunächst in Geltung bringt. Das wäre eine Vorkehrungsmaßnahme, die später vom Reichstage zu korrigieren ist. Würde ein späterer Reichstag der Regierung nicht völlige Unfähigkeit bescheinigen, wenn sie es unterläßt, den Finanzverfall des Reiches zu verhindern, wenn sie alles laufen ließe, weil sie die Verantwortung scheute?

Es bleibt ja genug unerlebt und auf die lange Bank geschoben. So z. B. die schließlich von allen Parteien, wenn auch mit besonderen Wünschen, anerkannte Döhlke. Hier liegt nun die Sache so, daß die Regierung bereits die notwendigen Mittel zur Durchführung des Gesetzes besitzt, aber doch nur berechtigt ist, der äußersten Not abzuhelfen. Deshalb soll die Absicht bestehen, kleine Teile der Döhlke durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Die große Auswirkung der Vorlage kann nicht zur Geltung kommen, weil schließlich das geschlossene Gesetz nur in der Lage war, die schwere Krise im Osten zu überwinden. Die Teilschlüsse jedoch läßt sich veranworten und ist erforderlich. An sie wird sich die Regierung wagen können. Sie muß ja in anderen Fragen gänzliche Zurückhaltung zeigen. Zahlreich ist die Zahl der Gesetze, die dem Reichstag vorliegen, die eine erste Lösung hinter sich haben, die sogar bis zur zweiten Lesung gediehen waren. Das heißt indessen noch alles zu reparieren, wenn der neue Reichstag die Verantwortung übernimmt. Er wird auch die Strafverordnungen, die diesmal nicht einmal durch ein Ueberleitungs-gesetz gelöst wurde, wieder in Kraft setzen können, so daß die Beratungen nicht von vorne an zu beginnen brauchen. Aber bis der Reichstag kommt, sind die besten Zeiten verstrichen, die zur Anturdelung der Wirtschaft benutzt werden sollten. Die Regierung hatte ihre Pläne, sie wird sie nicht erfüllen können. Denn zu den Maßnahmen gehört Geld. Es sei denn, daß sie versucht, die Arbeitsbeschaffung durch Kredite in die Wege zu leiten. Man spricht nicht mehr von den Plänen, und deshalb kann man ruhig annehmen, daß ein latenter Zustand eingetreten ist und sich die Notzeit der Wirtschaft über den Sommer schlagen muß. Weder die beabsichtigte Preisenkung noch die von der Regierung empfohlene Lohnsenkung kann auf gleichmäßigem Wege erreicht werden. Zwar bleibt anzunehmen, daß es die Möglichkeit zu Verordnungen gibt. Doch hat die Regierung hierlich ein Interesse daran, die Regierungsparteien nicht zu belasten. Deshalb wird sie nicht willkürlich einen Lohn- und Preissturz heraufbeschwören. Die größte Aufgabe, die uns nach der Auflösung der Reichstages beschäftigt, bleibt demnach erfüllbar, die nächsten Monate haben zu beweisen, daß die deut. Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe noch festigt sind, um länger durchzuhalten.

# Der Wahlkampf.

## Die Parteigruppierung wird deutlicher.

### Block der Regierung?

In Berliner politischen Kreisen ist die Rede davon, daß der Reichstanzler Brüning die Absicht habe, in der Wahl einen Block der Mitte aufzumarchieren zu lassen, der sämtliche Regierungsparteien umfassen soll. Einem unterer Mitarbeiter wird dazu, sowohl von maßgebender Regierungsseite, wie aus den Parteien, die es schließlich wissen müssen, versichert, daß die Regierung sich mit solchen Gedanken gar nicht tragen kann, weil sie gar nicht wisse, wie sich die Parteien im Treivanus, Westarp und Schiele gestalten. Ganz ausgeschlossen ist es, daß ein solcher Block aus einer gemeinsamen Wahlklasse leben könnte. Im Gegenteil sind die einzelnen Parteien jetzt dabei, ihren Wahlfonds aufzufüllen. Aber es ist anzunehmen, daß der Reichstanzler Vertreter der Mittelparteien in den nächsten Tagen zusammenberufen wird, um ihnen den Vorschlag zu machen, ein Wahlbündnis nach der Richtung zu schließen, daß sich die Mittelparteien im Wahlkampf gegenseitig unterstützen, jede gegenseitige Bekämpfung unterlassen und vor allem Wahllistenverbindungen eingehen.

### Das Echo des Gammelrufs der D. V. P.

Das Schreiben des Vorstandes der Deutschen Volkspartei, mit dem sich der Parteiführer Dr. Scholz an eine Reihe von Parteien und politischen Gruppen der Mitte gewandt hat, hat in der Berliner Presse bereits ein starkes Echo gefunden. Je nach Parteistellung der einzelnen Wähler wird das Schreiben mehr oder weniger zustimmend oder ablehnend besprochen. Die schärfste Ablehnung erfährt der Aufruf durch die „Vossische Zeitung“, wenn sie schreibt: Die Deutsche Volkspartei setzt sich dem Verdacht aus, daß sie weniger um des Ideals und mehr um ihrer selbst willen der Reichsregierung zuvorkommen und sich die Führung in einer Kombination sichern wolle, die ihr den Wahlkampf erleichtern, eine Mehrheitsbildung im neuen Reichstage aber unendlich erschweren würde. Sehr begrüßt wird die parteiübergreifende Aktion von der D. V. P., die in dem Schreiben den ersten Anstoß zu einem bürgerlichen „Mittangriffspakt“ erteilt. Auch die „Germania“ bespricht das Schreiben in zustimmendem Sinne und weist darauf hin, daß die Vorgänge in der liberalen Mitte und auf der Rechten zeigen, wie stark die Parteien durch die Auflösung des Reichstages in Bewegung geraten sind, was das Blatt als kein schlechtes Zeichen wertet. Ueber den Erfolg des parteiübergreifenden Aufrufs äußern sich die Blätter fast übereinstimmend dahin, daß die Neugründung einer großen Sammelpartei der politischen Gruppen der Mitte im gegenwärtigen Augenblick wohl außerhalb der politischen Möglichkeiten stehe, daß aber schon viel erreicht sei, wenn wenigstens ein Burgfrieden zustande käme.

### Gründung einer konservativen Volkspartei.

Die Verhandlungen zwischen der Konservativen Vereinigung und der Gruppe Westarp haben am Mittwoch zu einer völligen Einigung und zur Gründung der konservativen Volkspartei geführt. Die vorläufige Leitung der Partei hat ein Auschuß übernommen, der aus Habermann, von Kamede, von Lettow-Vorbeck, von Lindner-Wildau, Dr. Rademacher und Treivanus besteht. Daneben wurde ein Beirat gewählt, dem 13 Mitglieder angehören, darunter Dr. von Dryander, Dr. Hoehrich, Lambach, Dr. Rejeunier, Graf Schulenburg und Graf Westarp. Geschäftsführende Mitglieder des Beirats sind Dr. von Dryander und Lambach.

Wie Graf Westarp erklärt, gehört er dem engeren Vorstand der konservativen Volkspartei auf keinen eigenen Wunsch nicht an, sondern nur dem weiteren Vorstand der neuen Partei. Diese Disziplinierung ist, wie er ausdrücklich betont, auf seinen eigenen Wunsch erfolgt, um sich der Aufgabe der Sammlung der konservativen Elemente und insbesondere der engen Zusammenarbeit zwischen Landvolkspartei und konservativer Volkspartei widmen zu können. Aus dieser Neuerung geht hervor, daß Graf Westarp die Führung der neuen Partei nicht übernommen hat. Zum Führer der Partei wird voraussichtlich der Reichsminister Treivanus gewählt werden.

Wie Berliner Blätter melden, ist der bekannte General und Adjutant des früheren Kronprinzen, Graf von der Schulenburg, aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten. Ferner hat der bisherige Reichstagsabgeordnete Jamppe, Rechtsanwalt und Syndikus des Hotelierverbandes, seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt. — Entgegen anderslautenden Meldungen wird von unterrichteter deutschnationaler Seite mitgeteilt, daß Geheimrat Dr. Hugenberg nach wie vor in seinem westfälischen Heimatkreis die Spitze der deutschnationalen Liste führen wird. Der Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. Reichert, hat an Geheimrat Hugenberg folgendes Schreiben gerichtet: „Hierdurch möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich aus der Deutschnationalen Partei aussteige, da ich nicht in der Lage bin, eine Mitverantwortung für die von Ihnen verfolgte Politik zu übernehmen.“

### Weitere Austritte aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Wie Berliner Blätter melden, ist der bekannte General und Adjutant des früheren Kronprinzen, Graf von der Schulenburg, aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten. Ferner hat der bisherige Reichstagsabgeordnete Jamppe, Rechtsanwalt und Syndikus des Hotelierverbandes, seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt. — Entgegen anderslautenden Meldungen wird von unterrichteter deutschnationaler Seite mitgeteilt, daß Geheimrat Dr. Hugenberg nach wie vor in seinem westfälischen Heimatkreis die Spitze der deutschnationalen Liste führen wird. Der Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. Reichert, hat an Geheimrat Hugenberg folgendes Schreiben gerichtet: „Hierdurch möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich aus der Deutschnationalen Partei aussteige, da ich nicht in der Lage bin, eine Mitverantwortung für die von Ihnen verfolgte Politik zu übernehmen.“

### Eine Kundgebung des Stahlhelms.

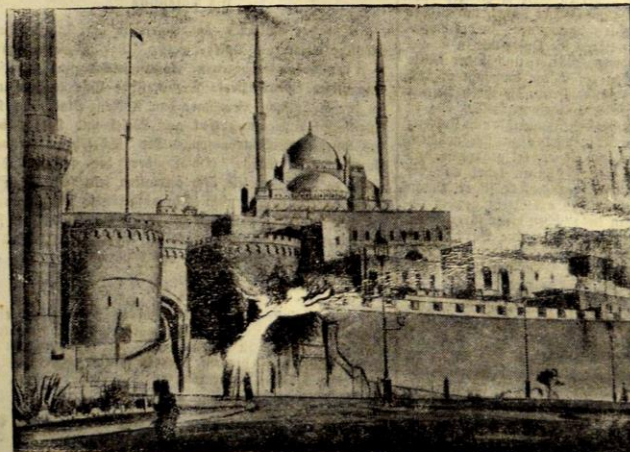
Der Bundesvorstand des Stahlhelms ist zusammengetreten, um zu den Reichstagswahlen Stellung zu nehmen. Als Ergebnis der Beratungen gibt der Stahlhelm folgende Kundgebung bekannt:

„Mehr und mehr zeigt sich, daß im heutigen Deutschland eine parlamentarische Regierung nicht mehr möglich ist. Der Stahlhelm hält sich bereit für den herannahenden Zeitpunkt, in dem die regierenden Männer nicht mehr durch die Parteizugehörigkeit bestimmt, sondern lediglich nach dem Grade ihres nationalen Willens und ihres Könnens erforscht werden. Der Stahlhelm beteiligt sich daher als Bund nicht an der kommenden Wahl, in die trotz der Einigungsbestimmungen des Stahlhelms die Parteien der Rechten in noch größerer Zerrissenheit eintreten als bisher. Der Bund erwartet von keiner der bestehenden Parteien die Rettung des deutschen Volkes. Er macht es aber trotzdem sämtlichen Kameraden zur Pflicht, ihr Wahlrecht auszuüben, lediglich, um auf alle Fälle ein weiteres Anwachsen der roten Flut zu verhindern. Die Stahlhelmkameraden wählen nur diejenigen Parteien, die mit uns Volksbegehren und Volkseinstimmigkeit durchgeführt haben, die entschlossen sind, den Kampf gegen die marxistische Herrschaft in Preußen mit allen Kräften fortzusetzen, und die durch ihr Verhalten zum Stahlhelm eine solche Unterstützung möglich machen.“

### Disziplinarverfahren gegen westfälische Lehrer.

Das Disziplinarverfahren der Provinz Westfalen bei der Regierung in Münster beschäftigte sich mit mehreren Verfahren gegen westfälische Lehrer wegen Verstoßes gegen die Berufsordnung. Im Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Herwig aus Gelsenkirchen wegen angeblicher kommunistischer Verheerung beschloß das Disziplinargericht, infolge neuer Verteidigerbehauptungen des Angeklagten die Verhandlung zu vertagen und zum nächsten Verhandlungstermin mehrere Zeugen zu laden. Im Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Effe in Gladbeck, der sich gemeinlich mit seinen Schülern geigert haben soll, gelegentlich gemeinsamer Volksschulbannertänze das Deutschlandlied zu singen, erkannte das Disziplinargericht auf Erteilung eines Verweises.

# Ägyptens Königsthron im Wanken.



Die Zitadelle von Kairo, der Hauptstadt der englischen Krone in Ägypten. In Kairo kam es jetzt zu den furchtbaren Unruhen, die bisher 18 Tote und mehr als 200 Verletzte forderten.



Oben: König Fuad, dessen selbstherrliches Gebahren und allzu grobe Konzeptionen an die Engländer das Land an den Rand der Revolution brachten. Unten: Khaled Wahda, der Führer der oppositionellen Arab-Partei, die in fast offener Auflehnung gegen den König steht.